

Für die Wissenschaft, die dem Sozialismus dient!

UNIVERSITÄTSZEITUNG

19 DEZ 1962
ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

6. JAHRGANG, NR. 50

LEIPZIG, 6. DEZEMBER 1962

PREIS 15 PF

Probleme hinter statistischen Zahlen (S. 4) • Geschichtsfälschung großen Stils (S. 5)

Verschmelzung von Theorie und Praxis

Thesen zur Veränderung des Chemiestudiums vorgelegt

Die Parteileitung der Fachrichtung Chemie legte in dieser Woche eine Reihe von Thesen vor, die bei der weiteren Diskussion über die Umgestaltung der Ausbildung der Chemiestudenten als Grundlage dienen soll. Sie tragen der Forderung nach einem stärkeren Einfluß der Wissenschaft auf die Produktion Rechnung, da dieser letzten Endes auch Veränderungen in der Ausbildung bedingt.

Ausgangspunkt sind die gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen der sozialistischen Industrie an den Chemiker. Um sie genau zu ermitteln, führte eine Kommission des Fachrichtungsrates viele Gespräche mit Praktikern der wichtigsten chemischen Großbetriebe. Das dabei zusammengetragene Material wurde in einer Beratung des Fachrichtungsrates ausgewertet und Schlussfolgerungen für die Veränderung der Ausbildung gezogen, die in den Thesen der Parteileitung ihren Ausdruck finden.

Der Prozeß muß weg

Von Professor Heinrich Bruhn

Die erste Periode des ungeheuren Prozesses gegen die westdeutschen Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes war von kurzer Dauer. Wer es bisher noch nicht wahrhaben wollte, hat es am vergangenen Freitag erfahren, der der zweite Prozeßtag sein sollte: Da wollen die Parteigänger und Fortführer des Faschismus erneut Abrechnung halten mit den aufrichtigen Deutschen, die sich ihnen schon in den zwölf Jahren ihrer grausamen Herrschaft mutig in den Weg gestellt hatten und von ihnen verfolgt, gequält, gefoltert worden waren und die sich ihnen nun, trotz aller erlittenen Qualen, ungebrochen, wieder in den Weg stellen.

Dieses Ziel des Prozesses mußte jedem deutlich werden, als der Senatspräsident des Bundesverwaltungsgerichts am Freitag als SA-Mann und eingefleischter Arbeitersind enttarnt wurde. Faschisten sollen über Antifaschisten zu Gericht zu ziehen. Und das mit voller Absicht! Denn der „Tagespiegel“ hat es am Sonnabend typisch ausgesprochen: Werner's faschistische Vergangenheit ist bekannt gewesen, sie habe seiner Berufung in das Amt nicht im Wege gestanden, will haften: sie mache ihn besonders dafür geeignet.

Die Entstehung war eine schwere Niedergabe. Vor aller Welt ist jetzt das ganze Bonner Regime zum Angeklagten geworden. Noch gewaltiger ist die Flut der Proteste gegen den Prozeß auch in westlichen Ländern geworden, noch stärker mahnen auch Stimmen in Westdeutschland, wie man läufig in der Presse lesen kann. Aber sie müssen noch stärker werden, denn es geht nicht nur um den Faschisten Werner, es geht nicht nur um die Entfernung der Faschisten aus den westdeutschen Gerichten.

(Wortlaut der Thesen Seite 3)

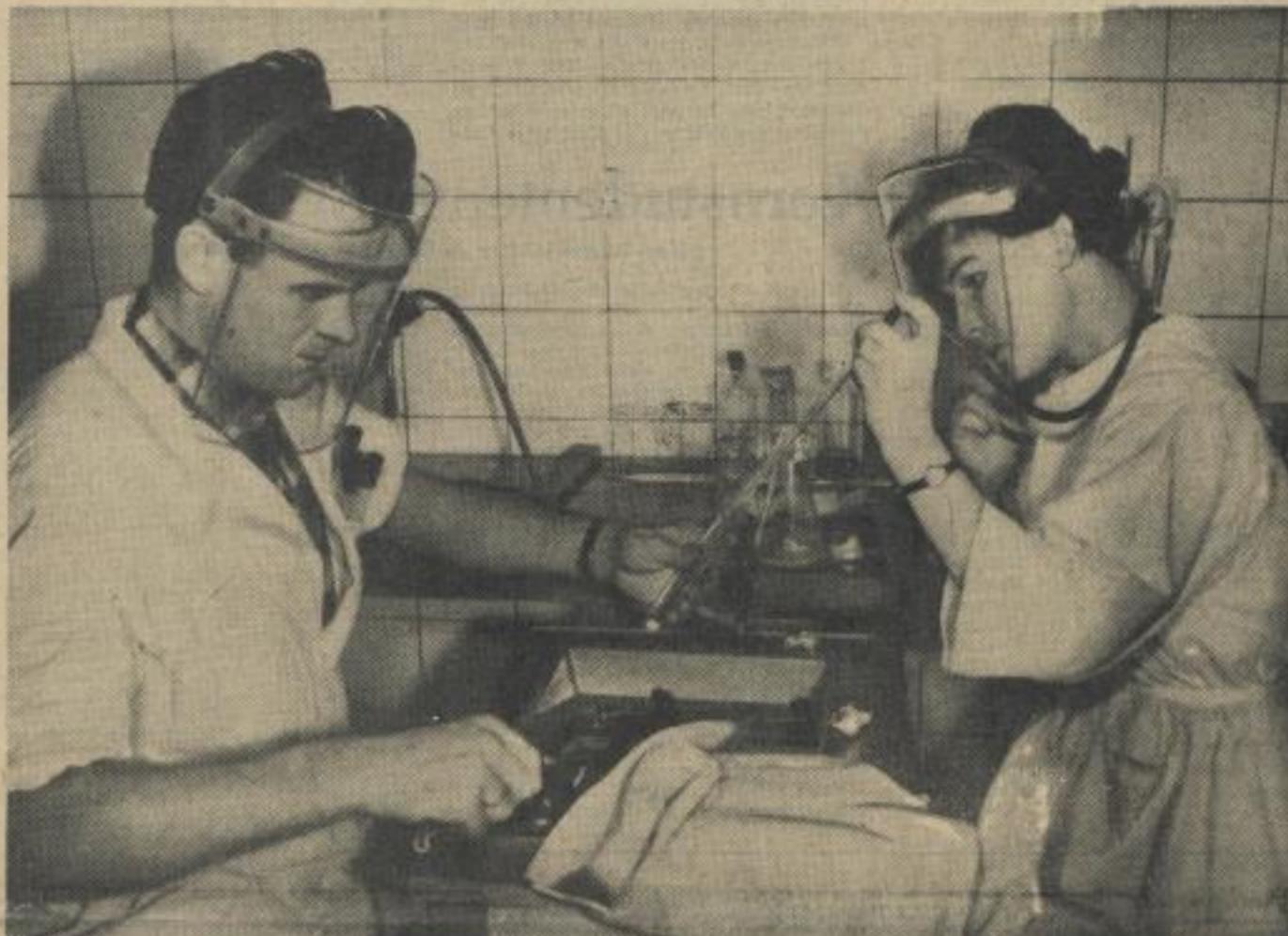
Drei Jahre Grundausbildung

Als Beitrag ihrer Fachrichtung zur Vorbereitung des VI. Parteitages erarbeiteten die Historiker der Karl-Marx-Universität Thesen über die Verbesserung der Ausbildung im Fach Geschichte. Sie gingen dabei von der Erkenntnis aus, daß der umfassende Aufbau des Sozialismus eine junge Generation verlangt, die sich ihrer Verantwortung gegenüber der ganzen Nation bewußt und vom Geist der Liebe zu ihrer Deutschen Demokratischen Republik erfüllt ist. Diese Generation zu erziehen ist in erster Linie die Aufgabe der Lehrer der Fächer Staatskirche und Geschichte.

Grundlage des historischen Studiums ist eine gute Kenntnis des Marxismus-Leninismus. Das Studium soll sich dabei nicht auf eine Übermittlung des formalen Wissens beschränken, sondern vor allem die Studenten befähigen, ihre Kenntnisse und Erkenntnisse aus den Problemen der Politik und Geschichte abzuleiten und sie wiederum auf diese Probleme anzuwenden. In erster Linie dient dazu ein verstärktes Klassikerstudium.

Da die Teilung der Ausbildungseinrichtungen der Historiker in Geschichtslehrer und Diplomanden nicht mehr den Bedürfnissen der Praxis entspricht, sieht der neue Lehrplan nur noch die Ausbildung von Geschichtslehrern für die zehnklassige polytechnische Oberschule vor. Die Ausbildung der Diplomanden läuft bis zum Jahre 1965 aus.

Die Anzahl der obligatorischen Lehrveranstaltungen soll zugunsten eines intensiven Selbststudiums – als der geeignetesten Methode zur Schulung des selbständigen wissenschaftlichen Denkens – reduziert werden. Die Gesamtzahl der Wochenstunden soll dabei im Durchschnitt 24 nicht überschreiten. Verstärkt werden gegenüber den Vorlesungen die Formen der kollektiven wissenschaftlichen Arbeit in Studienkreisen und die Form der Konsultation.



Räumlich klein, aber in seiner Bedeutung für die Landwirtschaft von enormer Reichweite ist das Gewebezuchtlobor im Institut für Mikrobiologie und Seuchenlehre der Veterinärmedizinischen Fakultät.

Aus dem lebenden Organismus werden hier bestimmte Gewebe (besonders Niere) herauengenommen und tryptisch verdaut, damit sie in einzelne Zellen auseinanderfallen. Diese Zellen werden in speziellen Medien auf Röhren und Flaschen gezogen, wo sie zu einem dünnen Gewebefilm heranwachsen. Dies künstlich erzeugte Gewebe wird später mit Tiereuchten erzeugenden Viren geimpft (unser Bild: Dr. Böthke und seine Assistentin in der Impfklappe), die nur in Zellen wachsen. Durch diese Methode ist es möglich, den Erreger bestimmter Tiereuchten zu identifizieren und wirksame Gegenmittel zu erproben. Das Gewebezuchtlobor, dessen Aufbau vor etwas über zwei Jahren durch Dr. Heider begann und jetzt durch Dr. Böthke fortgeführt wird, erhält unter den Bedingungen der Großproduktion in der Viehwirtschaft besondere Bedeutung. Es hilft nicht nur bisher bestehende Lücken in der Tiereuchendiagnostik zu schließen, sondern wird in seiner weiteren Entwicklung dem Tierarzt wertvolle Mittel für die prophylaktische Tätigkeit in die Hand geben. Bereits jetzt unterstützen die Mitarbeiter des Labors zahlreiche Verbindungen zur Praxis, die weiterhin systematisch ausgedehnt werden.

Foto: HFBS

Gemeinsamkeit der Probleme in der Methode

Diskussion um die Ausbildung der Physiker

In Nr. 47 der UZ hat Herr Prof. Holzmüller mit seinem interessanten Artikel zur Ausbildung des Industriephysikers die seit längerer Zeit sowohl unter Studenten und Wissenschaftlern unserer Institute als auch in zentralen Gremien beratenen Probleme der Physikausbildung im Rahmen unserer Karl-Marx-Universität zur Diskussion gestellt.

Da in diesem Beitrag unterbreiteten konkreten Vorschläge werden sicher in der weiteren Erörterung des Problems eine wichtige Rolle spielen. Ohne diese Erörterung ein detailliert vorzugehen, möchte ich mich zu einer grundsätzlichen Frage äußern. Wie kommt der Physiker in der Industrie zu „einer scharf formulierten Problemstellung“? In jenen Betrieben, die schon seit Jahren oder Jahrzehnten eine Gruppe von Physikern beschäftigen, welche unter der Leitung hervorragender Wissenschaftler stehen, dürfte dies Problem mindestens im Prinzip gelöst sein. Doch was geschieht in solchen Betrieben oder Industriezweigen, die bisher noch keine Physiker eingesetzt haben, wo dieser Einsatz aber im Zuge der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unabdingbar ist? Was muß dort getan werden, wo die Physiker noch nicht so zur Wirkung kommen, wie es den prinzipiellen Möglichkeiten der Anwendung ihrer Wissenschaft entspricht?

Die Praxis der Lehrstudenten ist die Schule, zu der sie während des ganzen Studiums Verbindung haben sollen. Im 7. Semester wird das Direktstudium an der Universität unterbrochen und der Student wird unmittelbar an der Schule ausgebildet. In den Thesen der Fachrichtung Geschichte wird folgender Ablauf des Studiums vorgezeichnet: Abschluß der Grundausbildung in den Fächern Marxismus-Leninismus, der beiden späteren Lehrfächer sowie der pädagogischen Fächer nach drei Studienjahren. Spätestens im 3. Studienjahr werden die Themen für die Staatssexamensarbeit vergeben. Das 7. Semester soll der praktischen Ausbildung im Beruf dienen. Der Student schult seine methodischen Fähigkeiten im Unterricht und schließt das Semester mit der Lehrprobe ab. Das 8. Semester dient der Vertiefung der Ausbildung, der Auswertung der in der Praxis gesammelten Erfahrungen und der Ablegung des Staatsexams.

Probleme des jeweiligen Betriebes oder Industriezweiges auf physikalische Probleme zurückzuführen, die entscheidend auszuwählen und bereits vorliegende Forschungsergebnisse so anzuwenden, daß daraus neue Lösungen für die Technologie bzw. Konstruktion abgeleitet werden können. Es muß also vorrangig die Rolle eines Vermittlers zwischen Wissenschaft und Produktion spielen. Wo es sich um noch nicht erforschte Dinge handelt, sollte er es sein, der die Anregung zu Forschungsthemen gibt. Erst wenn eine größere Gruppe von Physikern in einem Betrieb oder Industriezweig arbeitet, sollte sich ein Teil davon nur zielgerichtet Grundlagen- und Zweckforschung befassen. Daraus ergibt sich eine wichtige Schlussfolgerung:

Der Physiker in der Industrie wird nicht als Einzelwissenschaftler entscheidend wirksam, sondern erst als Glied eines sozialistischen Kollektivs von Wirtschaftsfunktionären, Ingenieuren, Konstrukteuren und Nomenklatur. Dieses Kollektiv ist die Quelle, aus welcher die für die Weiterentwicklung der Arbeitsproduktivität entscheidenden Probleme fließen; es ist auch das Instrument, mit welchem die von Physiker stammenden Anregungen und Ergebnisse in die Produktion eingeführt werden.

Das bedeutet, daß der Physiker in der Industrie dem Betrieb nicht einfach als Partner gegenübersteht, der wissenschaftliche Ergebnisse schlechthin oder in Form von Verbesserungsvorschlägen, Patenten usw. im Austausch gegen Gehalt und Finanzierung seiner Forschungen liefert. Der ökonomisch gesehen sich nur um die Bilanzierung seiner wissenschaftlichen Arbeit kümmert und darüber dem Betrieb Rechenschaft gibt. Er muß vielmehr wirklicher Bestandteil des Kollektivs sein, sich für die Durchsetzung des wissenschaftlichen Fortschritts in der Technik persönlich verantwortlich fühlen. Darauf muß der Physiker während seiner Ausbildung vor-

(Fortsetzung auf Seite 5)

Der Prozeß sollte ein weiterer Schritt in der Anwendung der Notstandsgesetze werden, wie sie längst begonnen hat mit dem Verbot der KPD, der FDJ und anderer demokratischer Organisationen, wie sie mit der „Spiegel-Affäre“ fortgesetzt wurde.

Deshalb müssen auch wir Angehörigen der Karl-Marx-Universität mit unserer Stimme den Proteststurm verstärken. Nicht ein anderer Senatspräsident muß her, nicht eine Verschiebung des Prozesses kann helfen – nein, der Prozeß muß abgeschlossen werden, die Notstandspraxis muß aufgehoben werden, wenn wir nicht wollen, daß die Militäristen und Imperialisten weitere Schritte tun und wieder weitermarschieren bis alles in Scherben fällt!